



Medienmitteilung

FDP.Die Liberalen Fraktion beantragt eine Steuerfussreduktion von 10%

Am 24. und 25. November 2023 tagte die Bündner FDP.Die Liberalen Fraktion des Grossen Rates im Hotel Belvedere in Scuol. Unter dem Vorsitz von Fraktionspräsident Christof Kuoni und in Anwesenheit von Regierungsrat und Finanzdirektor Martin Bühler wurden die Geschäfte für die kommende Dezembersession vorbereitet.

Für die kommende Dezembersession bereiteten sich die Fraktionsmitglieder an der zweitägigen Klausur- und Fraktionssitzung auf 3 Sachgeschäfte, die Wahlen der Justizbehörde am Obergericht und auf diverse Aufträge und Anfragen vor.

Den Anträgen der Regierung zur „Strategie der Digitalen Digital Verwaltung Graubünden 2024 – 2028“ stimmt die Fraktion grossmehrheitlich zu. Beim „zweiten Gemeindestrukturbericht“ geht es unter anderem um die Definition der künftigen Strategie. Dabei begrüsst die Fraktion die Weiterführung des Bottom-up Ansatzes und dass an der langfristigen Zielgrösse von 50 Gemeinden und vorderhand an der bisherigen Einteilung von 11 Regionen festzuhalten sind. Die Frage 3 betreffend Verzicht auf die Führung eines Bodenerlösskontos soll nicht im Rahmen von diesem Bericht diskutiert werden.

Das Budget 2024 wurde durch den GKP-Präsidenten Rico Kienz und durch Finanzdirektor RR Martin Bühler präsentiert und erläutert. Die budgetierten Bemühungen um eine Steuersenkung werden im Grundsatz begrüsst. Die FDP-Fraktion wird jedoch an der Session die bereits bei der Behandlung der Jahresrechnung 2022 geforderte Steuersenkung von 10% für natürliche Personen beantragen. Somit wird einem Teil des Auftrages Hohl, welcher die steuerliche Entlastung von Familien und Fachkräften verlangt, Rechnung getragen.

Im Weiteren hatte die Fraktion die Gelegenheit, die von den FDP-Mitgliedern der Kommission für Bildung und Kultur vorbereiteten Vernehmlassung zur Teilrevision des Schulgesetzes zu diskutieren. Um die finanzielle Mehrbelastung für die Schulträgerschaften teils zu kompensieren und um eine Entlastung für die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen zu erreichen, fordert die FDP-Fraktion die Prüfung einer Reduktion der Schulwochen, d.h. statt 39 Schulwochen soll die Einführung von 38 Schulwochen geprüft werden.

*FDP-Graubünden
Werner Natter
Medienverantwortlicher*